

20.02.97

**Antrag
des Landes Rheinland-Pfalz**

**Entschließung des Bundesrates zur Frage der Anstaltslast und
Gewährträgerhaftung bei öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten**
- Antrag des Landes Schleswig-Holstein -

Punkt 31 der 709. Sitzung des Bundesrates am 21. Februar 1997

Der Bundesrat möge die Entschließung mit der Maßgabe beschließen, daß die beiden letzten Sätze durch folgenden Satz ersetzt werden:

”Er fordert die Bundesregierung dazu auf, sich in der laufenden Regierungskonferenz zur Überarbeitung des Maastrichter Vertrages dafür einzusetzen, daß dem Anliegen der Länder in geeigneter Weise Rechnung getragen wird.”

Begründung (nur gegenüber dem Plenum):

Beim gegenwärtigen Stand der laufenden Regierungskonferenz zur Überarbeitung des Maastrichter Vertrages würde eine Festlegung der Länder auf die Forderung nach einem Protokoll zum EG-Vertrag die Verhandlungsposition einengen. Deshalb sollte die Aufforderung an die Bundesregierung die Wahl der Mittel derzeit offen lassen.

Ausgeliefert am 20. FEB. 1997